Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 1

Artikel: Resolution : zehn Punkte für eine neue europäische Chemiepolitik
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340460

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Resolution

Zehn Punkte für eine neue Europäische Chemiepolitik

Die alarmierende Serie von Chemieunfällen macht deutlich, dass eine vorsorgende Chemiepolitik unverzichtbar ist. Die europäische Arbeiterbewegung und die mit ihr verbundenen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien sowie die massgeblichen Umweltorganisationen wollen ein entsprechendes Gegengewicht zu den Industrie- und speziell zu den Chemiekonzernen aufbauen.

Die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien der Rheinanliegerstaaten fordern ein Sofortprogramm zum besseren Schutz der Menschen und eine Industriepolitik, die Umweltschäden vermeidet. Diese Politik muss künftig stoffbezogen sein; sie darf nicht mehr wie bisher je getrennt für Wasser, Luft und Boden gelten, sondern muss ganzheitlich und umfassend sein. Sie darf darüber hinaus auch nicht allein in eine Diskussion bloss über Sicherheitsmassnahmen münden.

Eine Umweltaussenpolitik muss klare politische Rahmenbedingungen setzen. Freiwillige Vereinbarungen reichen nicht aus.

Wir fordern deshalb sofort:

1. Wer Chemikalien produziert, importiert oder sie handhabt, muss ihre Ungefährlichkeit nachweisen.

2. Für jede chemische Tätigkeit ist eine Risikoanalyse zu erstellen.

3. Wer Umwelt zerstört, muss für den Schaden zahlen, den er angerichtet hat; dazu ist ein EG-weites, vom Verschulden unabhängiges Haftungsrecht zu schaffen, das auch offen für andere Staaten ist.

4. Die chemische Zeitbombe der existierenden umwelt- und gesundheitsgefährlichen Altstoffe – ca. 500 bis 1000 – muss sofort entschärft werden. Dazu sind Produktionsverbote und die Substitution dieser gefährlichen Stoffe in Stufenplänen zu vollziehen.

5. Die Zulassungs- und Exportbedingungen für Chemikalien müssen drastisch verschärft werden. Was die Natur nicht selbst abbauen kann, darf nicht Bestandteil neuer Chemikalien werden. Eine Ausfuhrerlaubnis für Chemikalien darf es nur geben, wenn diese bei uns zugelassen sind oder bei uns zulassungsfähig wären.

6. Lagerung, Weiterverarbeitung, Handhabung und Transport von Chemikalien durch Handel und Gewerbe müssen den gleichen Bestimmungen unterliegen.

7. Militär-, Nuklear- und Waffenproduktionsanlagen dürfen davon nur dann ausgenommen sein, wenn sie nicht von einer weitergehenden Richtlinie erfasst werden.

8. Die Informations-, Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte für Arbeitnehmer und die im Einwirkungsbereich der Produktionstätten lebende betroffene Bevölkerung müssen ausgebaut werden. In die Mitbestimmung sind Forschungs-, Produktions- und Umweltentscheide einzubeziehen.

9. Im Rahmen einer internationalen Störfallplanung muss es vollständige Informationen über Produkte, Lagerbestände sowie die Art der Lagerung für die Behörden der betroffenen Länder geben.

10. Umweltkriminalität ist kein Kavaliersdelikt. Wer umweltkriminell handelt, gehört hinter Gitter.

Nach dem 1. November 1986 erwarten wir von der Chemie, dass sie uns nie wieder mit Arbeitsplätzen erpresst und dass sie die Staatstätigkeit nicht weiterhin verteufelt.